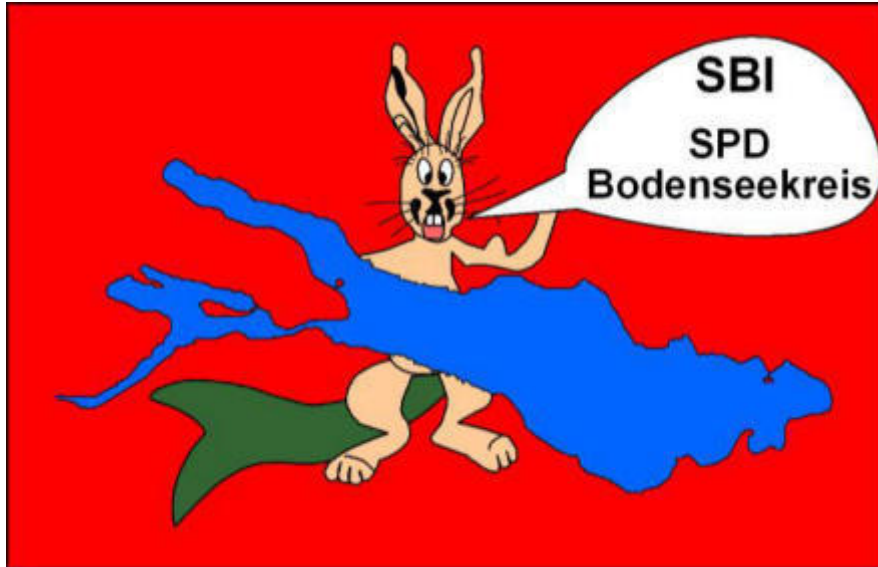


„Der Rote Seehas“



Internetzeitung von und für Sozialdemokraten, Verbände und Privatpersonen aus der internationalen Bodenseeregion

Editorial

Zum internationalen Frauentag gaben die Frauen in der Union ihre Sorge zur Benachteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt bekannt. Allerdings versuchen sie die Benachteiligungen ist diese Erkenntnis nicht neu. Und die Regierungskoalition die Benachteiligungen noch zu verschärfen: Das geplante Betreuungsgeld zementiert die alten Rollenmuster. Die geplante Ausweitung der Mini-Jobs und des Kombi-Lohns wird die Lohnschere zu Lasten der Frauen noch vergrößern. Die Weigerung von CDU/CSU und FDP, einen gesetzlichen Mindestlohn einzuführen, vergrößert das Armutsrisiko von Frauen - heute und im Alter. Die geplante Kopfpauschale führt dazu, dass viele Frauen künftig mehr für ihre Krankenversicherung zahlen müssen als bisher, während ihre Chefs sogar noch entlastet werden. Das Gleiche gilt für die geplanten Änderungen bei der Pflegeversicherung.

Die Rede von Nils Schmid im Landtag (siehe auch Seite 4: „Aufbruch statt Erstarrung“) zeigt deutlich, dass die Landes-SPD wieder Fuß fasst. Die Landesregierung ist in höchsten Maße angreifbar: Steuer-Daten, Atompolitik, Bildungspolitik, Stellenabbau

bei der Polizei sind Beispiele für eine chaotische und inkompetente Politik von CDU und FDP im Land.

Die Verkehrsmisere (Südbahn, Gäubahn, Bodenseegürtelbahn, B31/33 schreit geradezu nach einem Bündnis der betroffenen Gemeinden und Landkreise. Selbst in der CDU scheint man zumindest auf regionaler Ebene gemerkt zu haben, dass die Landesregierung den Raum südlich und südöstlich von Stuttgart verkehrsmäßig seit Jahren stiefmütterlich behandelt hat.

Fast könnte man annehmen, die Missachtung der Bedürfnisse der Region Südwestfalen/Hohenzollern habe etwas damit zu tun, dass die Region eine schwarze Hochburg ist. „Die wählen uns sowieso, was brauchen die dann noch Geschenke?“

Unseren GenossInnen aus Vorarlberg kann man nur Mitgefühl ausdrücken, Sozialdemokraten müssen leidensfähig sein.

Es grüßt Sie
die Redaktion

Karl-Heinz König, Willi Bernhard

Inhaltsverzeichnis

- Erklärung des Präsidiums der SPD zum Internationalen Frauentag am 8. März - Mindestlohn in der Pflege jetzt - Schröders Pflegezeit-Pläne gehen an der Realität vorbei - „Vorratsdatenspeicherung nicht nur politisch falsch, jetzt auch verfassungswidrig“ – Hilde Mattheis als Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit der SPD-Bundestagsfraktion gewählt S. 2- 4
- **Aufbruch statt Erstarrung – Kurzmeldungen - Europa:** Frischer Wind in Diskussion über Verbraucherrechte - Neuer Auftrag von Sarkozy - Griechen von Hohenlohe erobern Brüssel S. 4- 7
- "Verursacher der Krise an den Kosten beteiligen" - **KV Bodensee – MdL Norbert Zeller:** Auskunft zu B 31 und L 205 gefordert - Situation der B 31 im Raum Überlingen und der L 205 zwischen Salem und Markdorf - Vor der Wende zum Besseren? – Termine - S. 7-10
- **SBI:** Brief an Dr. Sausgruber, Landeshauptmann Vorarlberg – Brief an KV Oberallgäu S. 11
- **SP Kanton St.Gallen:** Das Volk lässt sich nicht bestehlen! – **SP Kanton Thurgau:** „Unsere Schule bleibt im Dorf“ - Bericht aus Bern in Bischofszell - **SPÖ Vorarlberg:** Schwere Wahlniederlage der SPÖ Vorarlberg - Bundespräsidentenwahl rückt näher - Wirtschaftskammerwahl 2010 - Die Bregenzer Bevölkerung hat ein Recht auf Informationen - SPÖ-Vorarlberg spricht Lob für Zivilcourage aus S. 12-14
- **Kreis BC- Martin Gerster:** Ehrenamtliche aus Erolzheim zu Besuch in Berlin - Bemühungen sollen sich in Wählerstimmen auszahlen - Neues DB-Papier stellt Südbahnausbau in Frage - Nils Schmid punktet bei der SPD - Martin Gerster bei den Paralympics - **BayernSPD und KV Lindau:** GEMEINSAM ZUR SCHULE - Schwarz-Gelb streicht Mehrwertsteuerprivileg für Vereine und Verbände - Hilde Mattheis: „Bildungszentrum der IHK Schwaben in Neu-Ulm - Vorbild für gezielte Förderung Arbeitsloser und für Weiterqualifizierung!“ - Parteipräsidiumsbeschluss zu Hartz IV Reformen - gute Grundlage für mehr Gerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt - Ein Morgen am Checkpoint Gilo – Weitere Termine S. 19-20
- Einladungen: Was geht uns die europäische Landwirtschaftspolitik an? – Kantonale Maifeier in Romanshorn – Impressum S. 21-23

Erklärung des Präsidiums der SPD zum Internationalen Frauentag am 8. März

Zum Internationalen Frauentag am 8. März 2010 erklärt das Präsidium der SPD:

Vor 99 Jahren, am 19. März 1911, gingen erstmals Frauen in Berlin zum Frauentag für ihre Rechte auf die Straße. Sie kämpften um das Frauenwahlrecht, um ihre politischen Rechte und um Partizipation.

Fast ein Jahrhundert später tragen Frauen Verantwortung in allen Bereichen unserer Gesellschaft und auf allen Ebenen. Junge Frauen sind heute so gut ausgebildet wie keine Generation zuvor. Und trotzdem liegt Deutschland bei der Gleichstellung zwischen Männern und Frauen zurück.

Immer noch liegt der Lohnunterschied zwischen den Geschlechtern bei etwa 23 Prozent. Das ist beschämend und inakzeptabel. Für die SPD gilt die Kernforderung „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“. Wir fordern die Bundesregierung auf, klare gesetzliche Regelungen zu schaffen, damit die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen endlich geschlossen wird.

Außerdem brauchen wir einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn. Er bedeutet für viele Frauen einen wichtigen Schritt hin zur Existenzsicherung, zur Vermeidung von Armut, zu materieller Unabhängigkeit, er bedeutet Anerkennung ihrer Arbeit und Leistung. Wenn sich gerade ein großer Discounter dafür ausgesprochen hat, Mindestlöhne einzuführen,

so ist das ein Schritt in die richtige Richtung, der Hunderttausenden Frauen hilft. Auf Worte müssen Taten folgen!

Um Müttern und Vätern die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, ist ein Ausbau der sozialen Infrastruktur dringend erforderlich. Bis 2013 muss der Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr Realität sein. Auch darum darf die Finanzkraft der Kommunen nicht weiter geschwächt werden.

Wir werden in unseren Zukunftswerkstätten in den kommenden zwei Jahren Gleichstellungspolitik als Querschnittsthema bearbeiten. So können wir alltags-taugliche Antworten auf die Herausforderungen der Zukunft entwickeln und in einem Aktionsplan Gleichstellung bündeln.

Die SPD will das Vertrauen der Frauen in unserem Land zurückerobert, das sie bei den letzten Wahlen eingebüßt hat. Am 9. Mai werden wir mit unserer Spitzenkandidatin in Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft, die erste große Herausforderung annehmen.
Berlin, 01. März 2010 **Andrea Nahles**

Mindestlohn in der Pflege jetzt

Zu den gestern (02.03.2010) gescheiterten Verhandlungen um einen Mindestlohn in der Pflegebranche erklärt Hilde Mattheis (MdB), Berichterstatterin für Pflegepolitik:

Es ist ein Armutszeugnis für die Regierung, dass die Verhandlungen über einen Mindestlohn in der Pflegebranche gestern gescheitert sind. Die 800.000 Be-

schäftigten in der Pflegebranche fühlen sich zu Recht vor den Kopf gestoßen.

Nach Untersuchungen des Berufsverbands für Pflegeberufe (DBfK) muss bislang jede dritte Pflegekraft mit sittenwidrigen Löhnen auskommen. Die Einführung eines flächendeckenden Mindestlohns würde hier Abhilfe schaffen und ein Lohndumping in der Pflege verhindern.

Offensichtlich verweigert sich Schwarz-Gelb in der Pflege einen zukünftigen Beschäftigungsmarkt zu sehen, der gute gesetzliche Rahmenbedingungen braucht.

Gute Pflege muss uns etwas wert sein. Angesichts des zunehmenden Fachkräftebedarfs in der Pflege muss alles unternommen werden, die Berufsbilder in der Pflege aufzuwerten. Das Lohnniveau ist ein wichtiger Indikator für die Attraktivität und den gesellschaftlichen Stellenwert eines Berufsfeldes.

03.03.2010 Büro Hilde Mattheis, MdB

Schröders Pflegezeit-Pläne gehen an der Realität vorbei

Berlin, 03.März 2010 Zur Forderung von Bundesfamilienministerin Schröder nach einem Rechtsanspruch auf zwei Jahre Pflegezeit erklärt Hilde Mattheis (MdB), Berichterstatterin für Pflegepolitik:

Die Pläne von Bundesfamilienministerin Schröder für eine Pflegezeit gehen an der Realität pflegender Angehöriger vorbei. Die von ihr geforderte zweijährige Pflegezeit können sich nur jene leisten, die ohne weiteres auf ein Viertel ihres Einkommens verzichten können. Für alle, die auf jeden Euro ihres Gehalts angewiesen sind, und das ist der überwiegende Teil der Bevölkerung, bringen diese Pflegezeit-Pläne nichts. Auch deshalb weil nach den Plänen von Frau Schröder die Angehörigen während der Pflegezeit weiterhin zu 50 Prozent arbeiten müssen, und sich die Pflegebedürftigkeit nicht nach den Arbeitszeiten richtet.

Im Rahmen der Pflegereform wurde auf Betreibender SPD bereits eine bis zu sechsmonatige Freistellung mit Rückkehrrecht für pflegenden Angehörigen eingeführt. Die Forderung der SPD nach einer kurzfristigen **bezahlten** Freistellung von bis zu zehn Tagen für die Organisation der Pflege, scheiterte am Widerstand der Union.

Statt für eine wahre Solidarität bei der Finanzierung der Pflegeversicherung zu sorgen, kommt Schwarz-Gelb mit Vorschlägen, die so tun als ob sie ein Fortschritt seien.

Ministerin Schröder hatte in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung einen Rechtsanspruch für eine zwei-

jährige Pflege gefordert. In dieser Zeit soll der pflegende Angehörige mindestens 50 Prozent arbeiten, dafür aber 75 Prozent seines Gehalts bekommen. Später solle er dann bei voller Arbeitszeit nochmals so lang 75 Prozent des Gehalts beziehen, wie er zuvor Teilzeit gearbeitet hat.

03.03.2010

Büro Hilde Mattheis, MdB

Hilde Mattheis:

„Die Vorratsdatenspeicherung war leider nicht nur politisch falsch, sie ist jetzt auch verfassungswidrig.“

Die Ulmer SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis begrüßt das gestern ergangene Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Speicherung von Telekommunikationsdaten.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts stellt eindeutig fest: Daten dürfen nicht auf Vorrat gespeichert werden. Das Urteil zeigt, das Gesetz der großen Koalition war nicht richtig. Die Telekommunikationsanbieter sind aufgefordert, alle bisher gespeicherten Daten und Kommunikationsvorgänge sofort und ohne Zeitverzug endgültig zu löschen!

Mit dem Urteil haben die Richter der Politik eine klare Absage erteilt, alle Bürger pauschal als potenzielle Straftäter abzustempeln. Die Vorratsdatenspeicherung greift erheblich und unverhältnismäßig in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger ein. Nach dem Urteil muss sich die Bundesregierung auch für die Abschaffung der EU-Richtlinie einsetzen, die Grundlage der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland ist. Auch eine Evaluation anderer Überwachungsgesetze auf ihre Verhältnismäßigkeit ist notwendig.

03.03.2010

Büro Hilde Mattheis, MdB

Hilde Mattheis als Sprecherin der Arbeitsgruppe Verteilungsgerechtigkeit der SPD-Bundestagsfraktion gewählt

In der heutigen Sitzung der SPD-Bundestagsfraktion wurde Hilde Mattheis als Sprecherin der Arbeitsgruppe „Verteilungsgerechtigkeit und soziale Integration“ gewählt.

Die Entscheidung fiel einstimmig.

Die Arbeitsgruppe beschäftigt sich mit Fragen der Armutsbekämpfung, der Vermögensverteilung, den Aufstiegschancen und Elitenbildung.

„Die Frage nach Verteilungsgerechtigkeit ist gerade vor dem Hintergrund der Finanz- und Wirtschaftskrise für die Entwicklung unserer Gesellschaft von großer Bedeutung“, so Hilde Mattheis.

02.03.2010

Büro Hilde Mattheis, MdB

Kurzinfo zu Regierungserklärung:

Aufbruch statt Erstarrung

Nils Schmid antwortet Mappus

Die Lage

Wochenlang wurde auf die Regierungserklärung gewartet, jetzt gibt es die Antwort: die schwarzgelbe Landesregierung plant den organisierten Stillstand für Baden-Württemberg. In allen Themenfeldern hat Mappus deutlich gemacht, mit ihm wird es keinen Fortschritt geben:

Bildung - stures Festhalten am dreigliedrigen Schulsystem; Unterrichtsausfall ist bedauerlich aber normal; in der Grundschule Assistenten statt mehr Lehrer; Ganztagschulen werden ignoriert

Arbeit - die Krise wird schön geredet, für aktive Industriepolitik besteht kein Anlass und kein Konzept; Mindestlohn und Gute Arbeit werden abgelehnt; das Land will für den öffentlichen Dienst weniger Mitbestimmung

Haushalt – ein Sparkurs wird angekündigt, aber nicht bei was, wie und wann gespart wird. Mappus und das Relikt Stächele wollen erst nach dem Wahltag die Katze aus dem Sack lassen.

Energie – das Land soll Atomland bleiben, erneuerbare Energien werden klein gehalten, Planungshindernisse wie bei der Windkraft fortgeschrieben.

Integration – Vielfalt ist Gefahr und nicht Chance für das Land, Integration ist Sache der Migranten, nicht Aufgabe der ganzen Gesellschaft.

Unsere Position

Mit der Antwort im Landtag durch Nils Schmid wurde deutlich: er ist die richtige Alternative zu Mappus. Dynamik und Gerechtigkeit statt Stillstand und Spaltung. Wir wollen ein Land in dem **aktive Wirtschaftspolitik** stattfindet, statt die Leistungen der Menschen für einen falschen Kurs zu instrumentalisieren;

gute und gleiche Bildungschancen für jedes Kind kommen, in dem wir gebührenfreie Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule bieten;

der Atomausstieg gilt und durch neue Energie neue Arbeit geschaffen wird und statt zu blockieren und auszubremsen;

das Auto der Zukunft entwickelt, gebaut und gefahren wird, in dem Forschung, Markteinführung und Infrastruktur Hand in Hand gehen;

Familienglück und Beruf vereinbar sind, anstatt bei der Kinderbetreuung Schlusslicht zu sein;

mit den Menschen statt über sie hinweg entschieden wird!



Landesvorstand Nils Schmid, MdL Landesvorsitzender tel: 0711 61936-45	Landtagsfraktion Claus Schmiedel, MdL Fraktionsvorsitzender tel: 0711 2063-729	Peter Friedrich, MdB, General- sekretär Tel: 030 227-71153
---	--	---

mail: buero@nils-schmid.de

mail: claus.schmiedel@spd.landtag-bw.de

mail: peter.friedrich@bundestag.de

V.i.S.d.P.: **SPD LV Baden-Württemberg | Peter Friedrich | Wilhelmsplatz 10 | 70182 Stuttgart**

Kurzmeldungen:

SPD Presseservice

10.03.2010

Nahles: FDP verabschiedet sich von sozialer Marktwirtschaft

Zu dem Sozialstaats-Papier der FDP erklärt SPD-Generalsekretärin Andrea Nahles:

Mit ihrer Niedriglohn-Orgie verabschiedet sich die FDP endgültig von der sozialen Marktwirtschaft! Das ist ein Generalangriff auf die Würde der Menschen und ihrer Arbeit.

„Die Partei der Besserverdienenden“ will den Druck auf die Löhne weiter erhöhen – zu Lasten der Arbeitnehmer und zur puren Freude der Arbeitgeber. Die Konsequenz: eine wachsende Zahl von Menschen, die nur noch Hungerlöhne gezahlt bekommt und die nur mit dauerhafter staatlicher Unterstützung einigermaßen ordentlich leben kann.

Damit wird Schmutzkonzurrenz, mit der Wettbewerbsvorteile nur noch über Lohndrückerei erreicht werden, zum Prinzip erhoben.

11. März 2010

Gabriel: SPD ist wichtiger Bündnispartner der Anti-AKW-Bewegung

Die SPD versteht sich als wichtiger Bündnispartner der Anti-AKW-Bewegung. Deswegen werden wir uns am Samstag, dem 24. April 2010, in die Menschenkette zwischen den Atomkraftwerken Brunsbüttel

und Krümmel einreihen, mit der gegen die Atompolitik der schwarz-gelben Bundesregierung demonstriert werden soll. Gemeinsam mit Bürgerinitiativen, Gewerkschaften und Umweltverbänden ruft die SPD die Menschen dazu auf, bei der Anti-AKW-Kette mitzumachen.

Wir wollen unseren Teil dazu beitragen, dass sich die 120 Kilometer lange Strecke zwischen Krümmel und Brunsbüttel schließt:

- als Zeichen gegen den Wiedereinstieg in die Hochrisiko Technologie Atomkraft,
- als Zeichen gegen die wachsenden radioaktiven Müllberge,
- als Zeichen gegen die Ignoranz der Bundesregierung, der es im Interesse der Atomlobby egal ist, dass die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger in unserem Land keine Atomkraftwerke wollen.

Jeder, der verhindern will, dass in unserem Land die Atomindustrie gefördert und neue, zukunftsweisende Technologien vernachlässigt werden, sollte sich an diesem Tag an Anti-AKW-Aktionen beteiligen!

Auf dem SPD Internetportal stehen von heute an alle wichtigen Informationen und Material zu der Aktion: www.zukunft-statt-atom.spd.de.

12. März 2010

Wowereit: Dialog mit Muslimen darf nicht scheitern

Zu den aktuellen Konflikten von Bundesinnenminister de Maiziere mit dem Islamrat erklärt der stellvertretende Parteivorsitzende der SPD, Berlins Regierender Bürgermeister Klaus Wowereit:

Der Dialog mit den Muslimen ist zu wichtig, um ihn scheitern zu lassen! Ich mache mir große Sorgen, dass das, was von der Großen Koalition vorsichtig aufgebaut worden ist, jetzt von schlechten Handwerkern eingerissen wird.

Hätte der Bundesinnenminister die Islamkonferenz von Anfang an ordentlich vorbereitet, wäre der heutige Konflikt vermeidbar gewesen. Jetzt die islamischen Verbände per Zeitungsartikel doch wieder alle als „herzlich willkommen“ in der Islamkonferenz zu heißen, ist eine Platitüde und ein weiterer Beleg für die Kopflosigkeit im Innenministerium.

Ich bin davon überzeugt, dass es zum Dialog mit den Vertretern des Islams in Deutschland für ein gutes, faires und rechtstaatliches Miteinander keine Alternative gibt. Für die SPD ist dieser Dialog ein wesentlicher Bestandteil eines nachhaltigen Integrationsansatzes. Ein ehrlicher Dialog kann manchmal durchaus schwierig sein. Aber genau das ist ja der Sinn einer solchen Konferenz, über diese – auch schwierigen – Themen zu sprechen. Deshalb appellieren wir an Herrn de Maiziere, die Islamkonferenz nicht wegen dilettantischer Vorbereitung scheitern zu lassen.

Im Dialog müssen vor allem die Themen auf die Tagesordnung, die beide Seiten bewegen. Das ist für einen partnerschaftlichen, fairen und respektvollen

Umgang miteinander entscheidend. Wenn der Innenminister mehr will als wohlfeile Sonntagsreden und schöne Fototermine, dann muss er schnell seine Hausaufgaben machen!

13. März 2010

Sigmar Gabriel: Bundesregierung ist Handlanger der Atomkonzerne

Zur Ankündigung von Bundesumweltminister Norbert Röttgen, die Erkundung von Gorleben wieder aufzunehmen, erklärt der SPD-Parteivorsitzende Sigmar Gabriel:

„Die Bundesregierung droht die Fehler, die in der Vergangenheit bei der Asse gemacht wurden, zu wiederholen. Wer zu feige ist, alternative Standorte für ein Endlager für hochradioaktiven Atom Müll auch nur zu prüfen, handelt schlicht verantwortungslos. Ich habe als Bundesumweltminister ein Konzept für eine an wissenschaftlichen Standards orientierte vergleichende Standortsuche vorgelegt. Union und FDP haben sich aus parteitaktischen Gründen geweigert, dieses Konzept auch nur zu beraten.

Die alte Kohl-Regierung hat bei Gorleben getrickst und getäuscht. Dass Schwarz-Gelb jetzt da nahtlos anschließen will, spricht Bände. Einmal mehr betätigt sich die Bundesregierung als Handlanger der Atomkonzerne – auf Kosten der Sicherheit zukünftiger Generationen.“

15. März 2010

Elke Ferner: Telekom hat mehr begriffen als die Frauenministerin

Zu den Ankündigungen der Deutschen Telekom, eine Frauenquote für ihre Führung zu beschließen, erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Elke Ferner, MdB: Ich begrüße die Ankündigung der Deutschen Telekom, bis 2015 eine Frauenquote von 30 Prozent für Frauen in Führungspositionen weltweit einzuführen. In diesem Fall hat ein großes Unternehmen mehr begriffen als die Frauenministerin Schröder, die noch immer vor gesetzlichen Regelungen warnt. Sie hält weiterhin freiwillige Lösungen für wirksamer. Die Telekom hat begriffen, dass Vielfalt in Führungspositionen und mehr Frauen an der Spitze für ein internationales Unternehmen selbstverständlich sein müssen und die Wertschöpfung des Unternehmens verbessern.

Besonders wichtig ist die Ankündigung, dass die bisherigen Maßnahmen zur Chancengleichheit von Frauen und Männern bei der Telekom weitergeführt werden.

Noch ist aber auch bei der Telekom von einer Soll-Vorschrift die Rede. Offen bleibt in der Ankündigung, ob es auch Sanktionen gibt, wenn dieses Ziel nicht erreicht wird. Wenn der Personalvorstand der Telekom die Quote als politisch korrekte Alibiregelung diffamiert, so bleibt Skepsis angesagt.

Ich fordere von den Unternehmen in Deutschland endlich, fast zehn Jahre nach der freiwilligen Vereinbarung von Bundesregierung und Wirtschaft zur Chancengleichheit von Frauen und Männern, dem Beispiel der Telekom zu folgen.

Keine Angst vor der Quote, her mit den guten Frauen an der Spitze!

Berlin, 19. März 2010

160/10

Elke Ferner: Bundesregierung muss Lohndiskriminierung beseitigen

Anlässlich der Vorstellung des Lohnfeststellungsverfahrens "eg-Check" (Entgeltgleichheits-Check) erklärt die Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF), Elke Ferner, MdB:

23 % weniger Entgelt für Frauen sind ein Skandal! Die Bundesregierung muss endlich die rechtlichen Grundlagen schaffen, um Lohndiskriminierung wirksam bekämpfen zu können. Das fordert auch die EU, die Deutschland bereits angemahnt hat.

Um Entgeltdiskriminierung zu beseitigen, brauchen wir ein gesetzlich verankertes Gesamtkonzept: Hierzu gehören neben einem Entgeltgleichheitsgesetz ein wirksames und rechtlich verbindliches Prüfverfahren für Unternehmen, um versteckte Lohndiskriminierung feststellen zu können.

Mit dem eg-Check wurde ein Prüfverfahren vorgestellt, mit dem Tarifvertragsparteien, Arbeitgeber und Betriebsräte ein zuverlässiges Instrument an die Hand bekämen, um Lohndiskriminierung im Betrieb zu erkennen.

Dieses Verfahren hat gegenüber dem vom Bundesfamilienministerium favorisierten Instrument (Logib-D) zahlreiche Vorteile. Denn Logib-D verschleierte eher geschlechtsspezifische Entgeltdiskriminierung anstatt sie zu entlarven. So werden nicht etwa gleichwertige Arbeit und Entgelt miteinander in Bezug gesetzt, sondern Personaldaten wie Ausbildungsdauer und Betriebszugehörigkeit. Dies ist falsch! Denn Arbeitnehmerinnen werden nicht für ihre Ausbildung, sondern für tatsächlich ausgeübte Tätigkeit bezahlt. Mit Logib-D kann das angestrebte Ziel nicht erreicht werden, Unternehmen brauchbare Informationen zur Aufdeckung von Geschlechterdiskriminierung beim Entgelt zu liefern.

Ich fordere die Bundesregierung daher auf, diskriminierungsfreie Prüfverfahren zusammen mit einem wirksamen Entgeltgleichheitsgesetz auf den Weg zu bringen.

Die Vergangenheit hat gezeigt: Freiwillige Maßnahmen bringen uns bei der Durchsetzung von Entgeltgleichheit zwischen Frauen und Männern nicht mehr

weiter. Wir brauchen stattdessen neue Instrumente und vor allem einen verbindlichen, verpflichtenden rechtlichen Rahmen.

Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas



SPD-Abgeordnete im Europäischen Parlament

Endlich frischer Wind in der Diskussion über europäische Verbraucherrechte

Die Europäische Kommission erhielt eine deutliche Absage für ihr Vorhaben der Vollharmonisierung von Verbraucherrechten in der Europäischen Union. In einer Anhörung des Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz des Europäischen Parlaments stellten sowohl nationale Parlamentarier aus den Mitgliedsstaaten als auch Europaabgeordnete klar, dass der von der Kommission vorgelegte Richtlinien-vorschlag so auf keinen Fall angenommen werden könne.

„Ziel muss sein, Europas Verbraucherinnen und Verbrauchern auch künftig ein Höchstmaß an Schutz zu gewähren“, sagte die SPD-Abgeordnete und Schatzenberichterstatlerin für den Richtlinien-vorschlag Evelyne Gebhardt. Die Sozialdemokratin hält dieses Ziel nicht für erreicht und forderte daher die zuständigen EU-Kommissare Viviane Reding und John Dalli auf, die Verbraucherschutzrichtlinie grundlegend zu überarbeiten.

Der vorliegende Text bedeute eine weit reichende Aushöhlung bestehender nationalstaatlicher Verbraucherschutzregelungen und widerspreche den unterschiedlichen Ausprägungen und Traditionen im Verbraucherrecht der Mitgliedsstaaten. „Meine Fraktion hält daher am Konzept des gemischten Harmonisierungsansatzes fest. Nur Schritt für Schritt können wir prüfen, in welchen Bereichen des Verbraucherschutzes eine vollständige Harmonisierung möglich und sinnvoll ist“, betonte Evelyne Gebhardt.

Evelyne Gebhardt unterstrich in der Diskussion auch die wichtige Rolle von Verbraucherschutzorganisationen, die weiterhin gemeinsam mit den nationalen Regierungen flexibel auf spezielle Verbraucherbedürfnisse reagieren wollen. „Der jetzige Entwurf nimmt den Nationalstaaten den im Verbraucherschutz zwingend notwendigen Gestaltungsspielraum“, kritisierte die SPD-Politikerin. Er müsse daher so umgeschrieben werden, dass das fertige Gesetz den Verbraucherinnen und Verbrauchern entgegenkommt, ohne die Interessen der Anbieter zu schmälern.

Europa-Aktuell 03/2010

Neuer Auftrag von Präsident Sarkozy

Wie kann Frankreich die Folgen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise bewältigen? Diese Frage hat der französische Präsident Nicolas Sarkozy der Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt und seiner Wirtschafts-Beratergruppe gestellt.

Die so genannte Attali - Kommission, der die SPD-Abgeordnete aus Muldingen (Hohenlohekreis) seit drei Jahren angehört, soll bis Mai Vorschläge ausarbeiten.

Evelyne Gebhardt ist in diesem hochrangigen Kreis von Präsidentenberatern aus Wirtschaft und Wissenschaft die einzige aktive Politikerin. Sie gilt als Expertin für das Zusammenführen der Interessen von Wirtschaft und Arbeitnehmern.

„Auch wenn die Pariser Regierung unsere mehr als 300 Punkte umfassenden ersten Vorschläge für die Modernisierung der französischen Wirtschaft noch nicht vollständig abgearbeitet hat, freue ich mich über den neuen Auftrag des Präsidenten“, erklärte die Abgeordnete am Rande der Plenartagung des Europäischen Parlaments in Straßburg.

Evelyne Gebhardt: „Ich werde mich dafür stark machen, dass Frankreich gemeinsam mit den europäischen Nachbarn Wege aus der Krise findet, die uns raffgierige Casino-Kapitalisten eingebrockt haben. Und ich werde zeigen, dass diese Wege nur zusammen mit den arbeitenden Menschen zu bewältigen sind und nicht allein mit den Predigern der ungezügelter Märkte. Präsident Sarkozy lässt in dieser Hinsicht bereits gute Ansätze erkennen

Die Attali-Kommission, der auch der Mailänder Universitätspräsident und frühere EU-Kommissar Mario Monti sowie die Weltbank-Vizepräsidentin und frühere Europaabgeordnete Anna Palacio angehören, wird sich intensiv mit dem neuen Auftrag beschäftigen. Selbst der Karfreitag steht als Arbeitstag im Terminkalender.

Europa-Aktuell 03/2010

Griechen von Hohenlohe erobern Brüssel

Ausstellungseröffnung mit griechischer Kommissarin

Die Mulfingener SPD-Europaabgeordnete Evelyne Gebhardt hat zur Eröffnung der Ausstellung „Die Griechen in Hohenlohe“ eingeladen und viele haben ihr Kommen zugesagt. Allen voran Maria Damanaki, die neue griechische EU-Kommissarin, die gemeinsam mit Evelyne Gebhardt die Ausstellung mit Bio-

graphien, Hintergründen und Visionen am 16. März in den Räumen des Ausschusses der Regionen in Brüssel eröffnen wird.

Die erfolgreiche Ausstellung über das Leben der griechischen Einwanderer während der sechziger Jahre hat mittlerweile weit über die Landesgrenzen hinaus Beachtung gefunden und gastiert bereits zum zweiten Mal in Belgiens Hauptstadt.

Neben anderen Exponaten, werden insbesondere die Porträtzeichnungen der Hohenloher Künstlerin Dorothee Utta zu sehen sein. Zudem veranschaulicht die Sammlung anhand ausgewählter Fotografien und Gegenständen aus jener Zeit die Schwierigkeiten der Gastarbeiter, ihre geliebte Heimat Griechenland zu verlassen. Gleichzeitig gelten die Griechen von Hohenlohe aber auch als ein Musterbeispiel dafür, wie das Zusammenleben verschiedener Kulturen funktionieren kann.

Die Ausstellung ist vom 16. bis 26. März in den Ausstellungsräumen des Ausschusses der Regionen, Rue Belliard 101, B-1040 Brüssel zu besichtigen.

09.03.2010

Büro Evelyne Gebhardt, MdEP

Peter Simon:

"Verursacher der Krise an den Kosten beteiligen"

Parlament fordert europäische Lösung für Finanztransaktionssteuer

"Es wird Zeit, dass Europa endlich eigene Konzepte vorlegt und sich aktiv an der Diskussion zu einer Finanztransaktionssteuer beteiligt", so der Kommentar des baden-württembergischen SPD-Europaabgeordneten **PETER SIMON** zu dem soeben im EU-Parlament mit breiter Mehrheit angenommenen Antrag, der die Europäische Kommission auffordert, verschiedene Optionen zur Besteuerung von Finanztransaktionen zu prüfen. "Wir können uns doch nicht einfach hinter den USA oder anderen Staaten verstecken. Wenn es nicht gelingt, eine Transaktionssteuer auf globaler Ebene einzuführen, muss Europa notfalls allein handeln. Da muss die Europäische Kommission mehr Courage zeigen", so das Mitglied des Wirtschafts- und Währungsausschuss weiter. Die nun vom Parlament geforderte Analyse von Handlungsoptionen sei daher ein wichtiger Schritt für die Entwicklung einer europäischen Position. "In der Welt gibt es 70 bis 90-mal mehr spekulative Finanztransaktionen als Geldbewegungen, die mit der realen Wirtschaft zusammenhängen. Eine Finanztransaktionssteuer kann helfen, hier wieder eine gesunde Balance zu finden", so **SIMON**.

Selbst eine geringe Steuer in Höhe von 0,01 oder 0,05 Prozent kann nach Ansicht von Experten zu erheblichen Einnahmen führen. Allein für Deutschland sagen Prognosen Mehreinnahmen in Milliardenhöhe voraus. "Es ist nicht einzusehen, warum die Steuerzahler für die Folgen der Krise gerade stehen sollen. Schuld tragen schließlich die Finanzmarktakteure. Daher ist es gerecht, wenn sie mittels einer Finanztransaktionssteuer zur Kasse gebeten werden", stellte **SIMON** klar.

Gleichzeitig würde eine Finanztransaktionssteuer dazu beitragen, kurzfristige Spekulationen zu verteuern und so die Stabilität der Finanzmärkte erhöhen. Den Gegnern einer Besteuerung von Finanztransaktionen hält der Mannheimer Sozialdemokrat entgegen: "Es leuchtet mir nicht ein, warum eine Transaktionssteuer von 0,01 oder 0,05 Prozentpunkten die Wettbewerbsfähigkeit Europas ruinieren sollte. Gerade dann nicht, wenn die EU-Kommission im gleichen Atemzug Mitgliedstaaten mit Haushaltsproblemen nahe legt die auf den realen Verbrauch von Gütern bezogene Mehrwertsteuer um mehrere Prozentpunkte zu erhöhen."

Für weitere Informationen:

**Büro Peter Simon, Tel. 0032 2 2849558 (Brüssel) oder
0033 3 88175558 (Straßburg)**

SPD - Kreisverband Bodenseekreis



MdL Norbert Zeller

Zeller schreibt an neue Verkehrsministerin:

Auskunft zu B 31 und L 205 gefordert

In einem Brief an die neue Verkehrsministerin im Land, Tanja Gönner, hat der Abgeordnete der Bodenseeregion, Norbert Zeller SPD, Auskunft darüber verlangt, wie der aktuelle Sachstand zur Situation der B 31 im Raum Überlingen und der L 205 zwischen Salem und Markdorf ist. Zeller will Auskunft darüber, wie sich der aktuelle Verfahrensstand der B 31 zwischen Überlingen-Tierheimkreuzung und der L 200 darstellt und bis wann mit dem Baubeginn des ersten Bauabschnitts zu rechnen ist. Auch soll die neue Verkehrsministerin erklären, wie die derzeitige Finanzierungssituation für diesen Teilabschnitt aussieht und wie sich der Fortschritt bei der Entlastung der Ortsdurchfahrt Nussdorf im Zuge der B 31 bei Altbirnau gestaltet. Konkret fragt er Ministerin Gönner was diese unternehmen wird, damit die Planungen

auch für die übrigen Bauabschnitte der B 31 zwischen Überlingen und Immenstaad in Angriff genommen werden.

Er appelliert an die Ministerin, dass ebenso für die restlichen Streckenabschnitte der B 31 von Überlingen bis Friedrichshafen die Planungen dringend vorangetrieben werden müssen, und zwar ohne diese gegeneinander auszuspielen. Das Land sieht Zeller hier gefordert, diese Straßenbauabschnitte auf die Priorisierungsliste zu setzen. Die von der derzeitigen Verkehrslage mit zunehmendem Schwerlastverkehr und Mautausweichverkehr belasteten Gemeinden, wie beispielsweise Hagnau, litten unter der Straßemisere unglaublich, und hierbei sowohl Anwohner wie auch die Touristen durch Lärm-Abgasbelastigung bei Tag und Nacht.

Ebenso will Zeller wissen, wie der Sachstand und die Finanzierung aus Sicht der Landesregierung zu der L 205 zwischen Markdorf und Salem, derzeit aussehen. Die Ministerin ist nun verpflichtet innerhalb von drei Wochen auf die Fragen des Abgeordneten zu antworten.

04.03.2010 Büro Norbert Zeller, MdL

Schreiben des MdL Norbert Zeller:

An das
Umweltministerium Baden-Württemberg
Frau Ministerin Tanja Gönner
Kernerplatz 9

70182 Stuttgart

Friedrichshafen, 22.03.2010
Ze/la

Situation der B 31 im Raum Überlingen und der L 205 zwischen Salem und Markdorf

Sehr geehrte Frau Ministerin,

zu Ihrer neuen Aufgabe als Ministerin für Umwelt, Naturschutz und Verkehr darf ich Ihnen meine Glückwünsche übermitteln und Ihnen für den neu hinzugekommenen Bereich des Verkehrs eine erfolgreiche Hand wünschen.

Um beim Thema Verkehr zu bleiben, bitte ich Sie um Auskunft über den derzeitigen Sachstand zur B 31 im Bereich von Überlingen am Bodensee.

1. Wie stellt sich der aktuelle Verfahrensstand der B 31 zwischen Überlingen-Tierheimkreuzung und der L 200 dar und bis wann ist mit dem Baubeginn des ersten Bauabschnitts zu rechnen?
2. Bis wann ist die Realisierung dieses Streckenabschnittes geplant?

3. Wie sieht die derzeitige Finanzierungssituation für diesen Teilabschnitt aus?
4. Wie gestaltet sich der Fortschritt der Entlastung der Ortsdurchfahrt Nussdorf im Zuge der B 31 bei Altbirnau?
5. Was werden Sie unternehmen, damit die Planungen auch für die übrigen Bauabschnitte der B 31 zwischen Überlingen und Immenstaad in Angriff genommen werden?
6. Wie ist der derzeitige Verfahrens- und Planungsstand der L 205 zwischen Salem und Markdorf?
7. Bis wann rechnen Sie mit der Realisierung dieses Straßenabschnitts und wie sieht die Finanzierung aus?

Auch für die restlichen Streckenabschnitte der B 31 von Überlingen bis Friedrichshafen müssen die Planungen dringend weiter vorangetrieben werden und zwar ohne die erforderlichen Baumaßnahmen gegeneinander auszuspielen. Das Land ist hier gefordert, diese Straßenbauabschnitte auf die Priorisierungsliste zu setzen. Die vom zunehmenden Verkehr, vor allem Schwerlastverkehr und Mautausweichverkehr, belasteten Gemeinden am Bodensee, wie beispielsweise die Gemeinde Hagnau, leiden unter der derzeitigen Verkehrslage unglaublich. Dies gilt für Anwohner und Touristen gleichermaßen, die den nicht hinnehmbaren Verkehrsbelastungen Tag und Nacht ausgesetzt sind.

In Erwartung Ihrer schnellen Beantwortung meiner Fragen verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen

Norbert Zeller, MdL

Afghanistan:

Vor der Wende zum Besseren?

Mit Gernot Erler, MdB und Staatsminister im A. Amt a. D. und Oberstleutnant Christoph Auer, 10. Panzerdivision hatte der SPD-Ortsverein Überlingen zu einer Veranstaltung über die Dauer und Perspektiven des deutschen Afghanistan-Engagements in den Kurssaal geladen.

Erler gab begann mit einem historischen Überblick, in dem er die fehlende nationale staatliche Tradition mit den vielen unterschiedlichen Völkern und Sprachen erklärte. Nachdem 1989 von Pakistan aus operierende, von den USA und Saudi-Arabien finanzierte Mudschaheddin die von der UdSSR seit 1979 durch sowjetische Truppen gestützte Regierung besiegt hatten, setzten sich die fundamentalistisch islamistischen Taliban-Milizen durch und erzwangen einen radikalen Islam und die Scharia.



Foto: Jochen Jehle

Nach dem 11. September 2001 wurde das Taliban-Regime, das Mitgliedern von Terrororganisationen Unterschlupf gewährt hatte, im von den USA angeführten „Krieg gegen den Terror“ mit Hilfe von 41 weiteren Staaten (ISAF) in Rückzugsgebiete vertrieben.

Wichtig zum Verständnis ist, dass die UNO bereits am 12.09. 2001 die Anschläge vom 11.09. als „Angriffskrieg“ erklärte. Damit bekamen die USA das Recht, kriegsgemäß zu reagieren. In mehreren Konferenzen (z. B. Petersberger Konferenzen) versuchte die internationale Gemeinschaft die Herstellung eines demokratischen Staates zusammen mit den Afghanen zu erreichen. Das Land ist seit 2004 eine Islamische Republik und verfügt mit Hamid Karzai über einen gewählten Präsidenten, der am 2. November 2009 in einer zweifelhaften Wahl für eine zweite Amtszeit bestätigt wurde.

Auch Afghanistan Compact, der Rahmen für die nächste Stufe internationaler Zusammenarbeit, basiert auf der Unterstützung der Übernahme der eigenen Verantwortung im Lande durch die afghanische Regierung und den (Wieder)aufbau des Landes. In den letzten zwei Jahren hat sich die Sicherheitslage verschlechtert, wobei es im Norden und Westen im Gegensatz zum Süden und Osten relativ ruhig geblieben ist. Obama sucht einen Strategiewechsel einerseits durch eine vor Verstärkung der militärischen Präsenz, andererseits soll die afghanische Regierung mehr Verantwortung beim Wiederaufbau und der Verteidigung des Landes übernehmen. Ab 2011 soll dann der Rückzug beginnen.

Am 25.02.2010 stimmte der Bundestag für den Antrag der Bundesregierung „Auf dem Weg zur Übergabe in Verantwortung“. Eine große Mehrzahl der SPD-Abgeordneten hatte diesen Antrag unterstützt, da er im Wesentlichen mit den Vorstellungen der Afghanistan-Konferenz der SPD vom 22.01.2010 und den Ergebnissen eines Treffens des Parteivorstandes mit Helmut Schmidt am 25.01.2010 übereinstimmte. So wurde indirekt auch die von den USA

vorgegebene neue Strategie zur Aufstandsbekämpfung gebilligt: hartes Vorgehen gegen Extremisten, gleichzeitig aber Mitläufer zur Kooperation überreden und Entwicklung und Wiederaufbau stärker vorantreiben als bisher. Andererseits entstände für die Staatengemeinschaft tödliche Gefahr. Pakistan wird bedroht durch islamistische Kräfte. Da Pakistan ein Atom-Staat ist, hätte eine Übernahme der Macht durch diese Kräfte unvorstellbare Konsequenzen für den Weltfrieden.

Oberstleutnant Auer von der 10. Panzerdivision, Bereich Instandsetzung, mit Auslandserfahrung z. B. auf dem Balkan, war schon dreimal insgesamt 11 Monate im Afghanistan-Einsatz. Die Bundeswehr war in den bisherigen Einsätzen Erfolg verwöhnt. Präsenz in überschaubaren Räumen, Wiederaufbauhilfe, guter Kontakt zur Bevölkerung sicherten den Missionserfolg.

In Afghanistan müssen Fehleinschätzungen und Irrtümer korrigiert werden. Die Hilfe für Afghanistan soll durch die UN koordiniert werden. Zuständig sind das Auswärtige Amt, das Verteidigungs-, das Innenministerium und das Ministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

Die „regierungsfeindlichen Kräfte“ sind sehr schwer auszumachen. Leichte Bewaffnung, „Selbstmordbomber“, relativ genauer Raketenbeschuss. Der „Paschtunengürtel“ ist Hauptkampfgebiet. Der Schwerpunkt unserer Soldaten liegt im Norden. Unsere Ausbildungsarbeit zeigt Defizite (Polizeiausbildung und Justiz). Die Taktik, tagsüber Präsenz zu zeigen, nachts ins Lager zurückzukehren, ging nicht auf. Nun soll die Polizeiausbildung mit mehr Kräften betrieben werden, mehr außerhalb den Lagern operiert werden, auch wenn das Risiko für die Soldatinnen und Soldaten steigt. Parallel zu den militärischen Aktionen sind selbsttragende Strukturen (Sicherheit, Justiz, keine Korruption) zu entwickeln.

Die anschließende, lebhaft Diskussions beschäftigte sich auch mit der Frage ob hier ein Krieg geführt werde. Da die Präsenz der ISAF durch eine UN-Resolution sanktioniert ist, ist sie völkerrechtlich abgesichert. Ein Krieg findet zwischen Völkern statt. Hier handelt es sich um eine Hilfsaktion gegen Angriffe auf Afghanistan durch „Nichtregierungskräfte“.

Die Frage der Drogenbekämpfung wurde ebenfalls diskutiert. Drogenanbau dient den Taliban und den Warlords zur Finanzierung ihrer Milizen. Oberstleutnant Auer stellte die Frage, warum man den Opiumanbau nicht legalisiert und das Opium legal als Grundstoff für Medizin und nicht für Heroin vermarktet.

Dem Argument, dass weder Russland noch China mitmachen würden, wurde begegnet, dass die beiden

Vetomächte im Sicherheitsrat sich bisher in der UNO nie gegen die Afghanistanpolitik der 42 ISAF-Staaten ausgesprochen hätten und so zumindest indirekt zugestimmt hätten.

Dietram Hoffmann beendete diesen Abend, dessen Ende für 21:00 angesetzt war, um 22:00 mit einem herzlichen Dank an beide Referenten und dem Bekenntnis, dass ihm nicht nur die Verantwortung für die Bewohner Afghanistans, sondern auch für die Region, wenn nicht für Frieden in der Welt bewusst gemacht worden ist.

Karl-Heinz König/Dietram Hoffmann

Termine:

24.03.2010

Kreisdelegiertenkonferenz mit MdL Peter Hofelich zum Thema Industriepolitik für Baden-Württemberg und den Bodenseekreis

**19.30 Uhr bis 22.00 Uhr
Gasthof Bären, Tettngang**

parteiöffentlich

[Infolink](#)

25.03.2010

Ortsverein Meersburg

**Jahreshauptversammlung
Guttschenke**

20:00 Uhr

26.03.2010

Diskussion zur EU-Agrarpolitik (Veranstalter BUND)

**19.00 Uhr bis 21.00 Uhr
Stadthalle Markdorf**

26.04.2010

Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

parteiöffentlich

16.04.2010

MdB Martin Gerster zur aktuellen SPD-Politik

19.00 Uhr bis 21.00 Uhr

Bischofsschloß Markdorf, Rittersaal

Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI

Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten und Gewerkschaften

www.bodensee-internationale.org



Brief an Dr. Herbert Sausgruber, Landeshauptmann von Vorarlberg

Sehr geehrter Herr Landeshauptmann,

im Auftrage der Sozialistischen Bodensee-Internationale darf ich mich heute an Sie in Ihrer Eigenschaft als Präsident der Internationalen Bodensee-Konferenz wenden.

Seit drei Jahren gibt es große Bemühungen um eine Vereinheitlichung des Bodensee-Personen Tarifs für Behinderte. Ohne eine Vereinheitlichung blieben z.B. Rollstuhlfahrer, die die Schiffe auf dem Obersee benutzen wollen, gegenüber anderen, die die Schiffe am Überlinger See, bzw. dem Schweizer Ufer nutzen, benachteiligt. Hierzu meine genaueren Ausführungen in der Anlage.

Da in Bälde die Personen-Schifffahrt wieder beginnen wird, wollen wir nicht versäumen, dieses Thema an kompetenter Stelle noch einmal anzusprechen. Da Sie nun von Ihrem Vorgänger Dr. Claudius Graf Schelling das Steuerrad der IBK übernommen haben, wünschen wir Ihnen und der IBK allzeit gute Fahrt auf dem uns verbindenden Gewässer und allen Behinderten die gleichen Chancen, die Schiffe der Bodensee-Flotte zu benutzen.

Mit freundlichen Grüßen über den See

18.03.2010

Hermann Dorfmueller

Brief an SPD-Kreisverband Oberallgäu

KV-Vorsitzender Herr Jörg Hilbert und
Frau Kathrin Bäuerle 1. Vorsitzende
SPD OV Oberstdorf-Fischen

Friedrichshafen, 22.03.2010 Ze/la

Beitritt zur SBI

Liebe Kathrin, lieber Jörg, liebe SPD-Mitglieder des Kreisverband Oberallgäu,

als derzeitiger Vizepräsident der SBI freue ich mich ganz außerordentlich drüber, dass ihr als Kreisverband der Sozialistischen Bodensee-Internationale beigetreten seid. Es ist für den Zusammenschluss der sozialdemokratischen Parteien rund um den Bodensee sehr wichtig, dass unsere Anliegen gemeinsam vertreten werden. Ihr seid nun unsere bayrische Bastion, da ja Bayern Bodenseeanrainer ist und vor allem auch in Bezug auf Verkehrsfragen von Straße und Schiene sowie in den Bereichen Tourismus und Umweltschutz in Bezug auf den gemeinsamen Bodensee viele uns alle zusammen betreffende Themen immer wieder zur Sprache kommen. Sicher wird die Zukunft noch einiges an Themen bereithalten, die wir nur gemeinsam angehen können, über die Ländergrenzen hinweg, wenn wir die Dinge im sozialdemokratischen Geist voranbringen wollen.

Ich bitte meinen Dank an alle Mitglieder weiterzuleiten.

In den Verteiler der SBI Deutsche Gruppe seid ihr ja bereits aufgenommen und werdet selbstverständlich zu den kommenden Sitzungen eingeladen und erhalten unsere Informationen.

Ich freue mich schon auf eine persönliche Begegnung.

Es grüßt ganz herzlich

N. Zeller

Norbert Zeller



Sozialdemokratische Partei
Kanton St. Gallen

Überwältigendes Nein zum Rentenklau:

Das Volk lässt sich nicht bestehen!

Die SP freut sich über die überaus klare Zustimmung zur kantonalen Vorlage zur Erweiterung des Hauses 24 am Kantonsspital und über das klare Nein gegen den Rentenklau.

St.Gallen – Mit der Erweiterung des Logistikzentrums können die räumlichen Bedingungen und die Betriebsabläufe verbessert werden. Die SP hat die kantonale Vorlage klar unterstützt und freut sich über die 78 Prozent Zustimmung für diese nötige Investition.

Renten werden nicht gesenkt.

Der Kampf gegen den Rentenklau hat sich gelohnt. Die Renten werden nicht gesenkt! Die SP Kanton St.Gallen hat sich in den letzten Wochen zusammen mit den Gewerkschaften in unzähligen Aktionen auf der Strasse für ein Nein engagiert. „Die klare Ablehnung der Vorlage ist ein grosser Sieg. Die Bevölkerung hat eine Senkung ihrer Renten nicht hingelassen“, so SP-Parteipräsidentin Claudia Friedl. Das heutige Nein ist auch eine Absage an weitere Abbauvorlagen. Die Schweizerinnen und Schweizer wollen verlässliche Sozialwerke.

Sieg fast auf der ganzen Linie

Ein weiterer Sieg ist das Ja zum Verfassungsartikel über die Forschung am Menschen. Endlich wird eine verfassungsrechtliche Grundlage für die Forschung am Menschen geschaffen, was auch ganz im Sinne der SP ist.

Ein Wehrmutstropfen ist das Nein bei der Tierschutz-anwalt-Initiative. Es besteht also weiterhin Handlungsbedarf bei der Umsetzung des Tierschutzgesetzes.

St.Gallen, 7. März 2010

Dario Sulzer,
SP Kanton St.Gallen

SP Kanton Thurgau

„Unsere Schule bleibt im Dorf“

Mit Freude nimmt die SP Thurgau die überaus deutliche Ablehnung der Privatschul-Initiative zur Kenntnis. Das Nein zur Initiative ist ein überzeugtes Ja zu einer modernen Volksschule für die gesamte Bevölkerung. Wir danken dem Komitee "Unsere Schule

bleibt im Dorf" unter der Leitung von Sonja Wiesmann für den erfolgreichen Einsatz. Die SP Thurgau wird sich weiter im Kanton und in den Gemeinden dafür einsetzen, dass der Jugend aller Bevölkerungsschichten optimale Bedingungen für eine erfolgreiche Zukunft geboten werden.

Ebenso erfreut ist die SP Thurgau über den Ausgang der eidgenössischen Abstimmung über die Reduktion des Rentensatzes. Auch die Thurgauerinnen und Thurgauer haben deutlichst nein gesagt zur Geldgier der Versicherungen und Banken. Die bürgerlichen Parteien, die Riesengewinne, Boni und überhöhte Saläre noch immer verteidigen, haben eine Abfuhr erlitten. Der soziale Friede kann nur mit der Sicherung unserer Sozialwerke erhalten bleiben. Dafür setzen wir uns ein.

07.03.2010

Peter Gubser, Präsident SP Thurgau

Bericht aus Bern in Bischofszell

Nationalrätin Edith Graf-Litscher kommt am 26. März mit ihrem Bericht aus Bern nach Münchwilen. Im Restaurant Weiherwies in Hauptwil erzählt die SP Nationalrätin von der letzten Session aus dem Bundeshaus. Edith Graf-Litscher freut sich, alle Interessierten in Hauptwil begrüßen zu können.

Bericht aus Bern in Bischofszell:

**26. März, 20 Uhr,
Restaurant Weiherwies,
Hauptwil**

Mit freundlichen Grüssen

Eveline Kunz, SP Thurgau



Schwere Wahniederlage der SPÖ Vorarlberg

2010-03-15

Bei den Bürgermeister- und Gemeindevertretungswahlen am 14. März erlitt die SPÖ im Ländle erneut eine schwere Niederlage. Sie verlor flächendeckend an Mandaten und büßte zudem einen der zwei verbliebenen Bürgermeisterposten ein.

Landesweit erhielten die Sozialdemokraten gerade noch 10,8%, die FPÖ erzielte 11,3% und die ÖVP (ohne ihr nahe stehende Namenslisten) 44,6%, 7,3% der Vorarlbergerinnen und Vorarlberger votierten für die Grünen. Um die ganze Dimension der Wahniederlage erfassen zu können, sind im Anschluss sämtliche Gemeinden, in denen die SPÖ antrat, aufgelistet. Es werden der Prozentanteil, die Mandatsveränderung und der Prozentanteil aus 'besseren Zeiten' (1985) angeführt; damals waren Bürgermeister- und

Gemeindevertretungswahl allerdings noch nicht entkoppelt.

Stadt/Gemeinde	Anteil	Mandate	Stimmen 1985
Bludenz	26,7	9 -2	52,4
Bludesch	6,1	1-1	34,2
Bürs	48,8	12 -1	53,0
Dalaas	14,1	2 -4	21,8
Nenzing	6,6	1 -2	11,2
St.Gallenkirch	42,0	9 -2	55,4
Schruns	8,4	2 -1	23,6
Silbertal	15,2	2 +2	21,4
Thüringen	8,3	2 -2	24,6
Bregenz	26,3	10 -3	54,5
Gaißau	14,2	2 -1	22,3
Höchst	4,3	1 -1	14,7
Hörbranz	7,9	2 -3	13,4
Kennelbach	19,3	3 -2	26,8
Lauterach	14,4	4 -2	21,8
Lochau	5,2	1 -3	12,1
Schwarzach	5,1	1 -1	7,6
Wolfurt	8,8	2 -1	27,5
Dornbirn	20,6	7 -1	24,1
Hohenems	9,1	3 -1	30,7
Lustenau	5,5	2 +/-	8,4
Altach	11,8	3 -2	18,8
Feldkirch	7,6	3 -2	22,5
Frastanz	23,1	6 -2	21,5
Göfis	2,7	0 -2	18,7
Koblach	15,6	4 -1	16,4
Rankweil	8,6	3 -2	19,0
Satteins	12,3	2 -2	12,4
Schlins	28,6	6 -1	46,0

Wiedergewählt wurde SPÖ-Bürgermeister Helmut Zimmermann in Bürs mit 57,4%, ein unter diesen Umständen besonders achtbares Ergebnis und der angemessene Lohn für hervorragende Arbeit als Gemeindeoberhaupt.

Quelle: SBI

Bundespräsidentenwahl rückt näher



Unterstützungserklärung für Heinz Fischer

Am 25. April wird der Bundespräsident neu gewählt. Auch ein amtierender Präsident muss seiner Kandidatur Unterstützungserklärungen beilegen. Hierfür müssen die Unterstützerinnen und Unterstützer persönlich bei der Gemeindewahlbehörde erscheinen, ihre Identität mit einem Ausweis nachweisen, das Formular ausfüllen und vor der Behörde eigenhändig unterschreiben.

Heinz Fischer hat im Jahr 2004 mehr als 40.000 Unterstützungserklärungen österreichweit vorgelegt. Diese Zahl will die SPÖ auch dieses mal wieder erreichen und ruft deshalb dazu auf, eine Unterstützungserklärung für den Bundespräsidenten auszufüllen.

Die von der Gemeinde bestätigten Formulare werden von der SPÖ-Landesorganisation Vorarlberg (St. Anna Straße 1, 6900 Bregenz, Telefon: 05574/582360) gesammelt und bis Freitag, 19. März an die Bundesgeschäftsstelle weitergeleitet.

Im Zeitraum vom 23. März bis 25. April wird Heinz Fischer außerdem jedes Bundesland zumindest einmal besuchen und für Betriebsbesuche, Medientermine und Veranstaltungen zur Verfügung stehen. Unterstützen Sie Heinz Fischer mit ihrer Unterschrift – **hier können Sie das Formular herunterladen**
05.03.2010 SPÖ-Express

Wirtschaftskammerwahl 2010



Großer Erfolg für den SWV und für die Demokratie

Zum ersten Mal stellte der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband Vorarlberg (SWV) Kandidaten für die Wirtschaftskammerwahl in 18 Fachgruppen auf. Das Ergebnis: 7,72% der Stimmen und 32 Mandate. SWV-Präsident Reinhold Einwallner zeigt sich erfreut: „Das ist nicht nur ein großer Erfolg für den SWV, sondern auch für die Demokratie, da den Unternehmen erstmals eine richtige Wahl geboten werden konnte.“

Der SWV konnte sich in allen Fachgruppen, in denen er kandidiert hat, durchsetzen und Mandate gewinnen. Dieses Ergebnis entspricht voll und ganz den Erwartungen Einwallners: „Wir danken den Wählern für ihr Vertrauen. Und ein großer Dank sowie herzliche Glückwünsche gehen natürlich auch an unsere Kandidaten.“ Dieses Ergebnis zeige laut Einwallner deutlich, dass die Sozialdemokratie auch in der Wirtschaft ihren Platz hat und mitbestimmen darf.

Der SWV-Vorarlberg setzt sich seit Jahren für die Klein- und Mittelbetriebe, sowie für Einpersonenn Unternehmen im Land ein.
05.03.2010 SPÖ-Express

SPÖ-Fraktionsvorsitzende Alexandra König:

Die Bregenzer Bevölkerung hat ein Recht auf Informationen



Bericht des Bundes-Rechnungshofes zur „Causa Stadtmarketing“ lässt weiter auf sich warten

Mehr als 800.000 Euro Minus machte das Stadtmarketing Bregenz unter der Geschäftsführung von Michael Dünser alleine im Jahr 2008. Informationen darüber gab es durch Ausschuss-Vorsitzenden und Bgm Linhart erst Monate später in einer Sitzung des Stadtmarketing-Ausschusses am 18.3.2009. Die SPÖ Bregenz forderte umgehend eine genaue Prüfung der Bilanzen vom Bundesrechnungshof und die zusätzliche Einsetzung eines Wirtschaftsprüfers.

SPÖ-Fraktionsvorsitzende Alexandra König zu den Gerüchten rund um den Rechnungshofbericht: „Laut zuverlässiger Quelle aus dem Parlament ist der Bericht des Bundesrechnungshofes bereits seit 18. Dezember 2009 versandfertig, wieso er jedoch den Weg nach Bregenz noch nicht gefunden hat, ist mir ein Rätsel.“ Es fehle nur noch die Unterschrift von Präsident Josef Moser. Wieso diese aber genau vor der Gemeindevertretungswahl so lange auf sich warten lässt, bietet Raum für Interpretationen. „Wenn eine knappe Million Euro mehr ausgegeben wird als budgetiert wurde, dann bedarf es doch schnellstmöglicher und umfassender Aufklärung dieses Skandals. Es ist uns unerklärlich, wieso ein Bericht bei einer derartigen Misere nicht endlich abgeschickt wird. Dass dies mit der Gemeindevertretungswahl zusammen hängen könnte, ist natürlich reine Spekulation“, so StR Alexandra König.

Auch die Staatsanwaltschaft wartet noch vergeblich auf den Bericht, um endlich ihrer Arbeit nachgehen zu können. Zudem hat die Bregenzer Bevölkerung ein Recht darauf, endlich umfassend aufgeklärt zu werden, wo genau das Geld hin geflossen ist und vor allem wer von diesen Mehrausgaben profitiert hat: „Bei diesen horrend überzogenen Ausgaben der Bregenzer Stadtmarketing GmbH handelt es sich schließlich um Steuergelder“, so Alexandra König abschließend.

05.03.2010

SPÖ-Express

SPÖ-Vorarlberg spricht Lob für Zivilcourage aus



Kein Verständnis für Vorgehensweise der Behörden

SPÖ-Parteichef Michael Ritsch zeigt sich begeistert von der Zivilcourage, die rund 40 Röthner Bürger gezeigt haben: „Durch den Einsatz von Freunden und Bekannten konnte verhindert werden, dass eine in Vorarlberg gut integrierte Familie abgeschoben wird. Das ist ein toller Erfolg.“

Kein Verständnis hat er allerdings für die Vorgehensweise der Behörden. Es sei für Ritsch nicht zu rechtfertigen, dass eine Abschiebung in einer Nacht- und Nebel-Aktion durchgeführt werde und noch nicht einmal der Bürgermeister darüber informiert wurde. „Hätten sich die Röthner nicht für die Familie eingesetzt, wäre still und heimlich eine Familie abgeschoben worden, die völlig integriert ist, die Sprache beherrscht und Arbeit hat“, so Ritsch.

Von Landesrat Schwärzler fordert Ritsch eine Erklärung für den Vorfall sowie eine gründliche Prüfung des humanitären Aufenthaltsrechts. Eine Familie mit kranken Kindern mitten in der Nacht abzuschieben sei unmenschlich und dürfe in Vorarlberg nicht passieren.

05.03.2010

SPÖ-Express

**SPD Kreis Biberach
MdB
Martin Gerster**

Ehrenamtliche aus Erolzheim zu Besuch in Berlin

Am 22. Februar 2010 hatte der Biberacher SPD-Bundestagsabgeordnete Martin Gerster die freudige Gelegenheit, eine Besuchergruppe aus Erolzheim im Berliner Reichstagsgebäude zu einem persönlichen Gespräch zu treffen.

Die Fahrt nach Berlin stellte ein Dankeschön für das große ehrenamtliche Engagement dar, mit dem sich die Besucherinnen und Besucher für die Restaurierung ihrer Bergkapelle eingesetzt hatten. Für die

Diskussion mit Gerster hatte die Gruppe zahlreiche Fragen im Gepäck. So kreiste das einstündige Gespräch zunächst um das Alltagsleben eines Parlamentariers im Wechselspiel zwischen Sitzungswochen und der Zeit im Wahlkreis. Zudem erkundigten sich die Diskussionsteilnehmer eingehend nach dem Werdegang eines Bundestagsabgeordneten und stellten viele Fragen zu aktuellen politischen Themen. Hierbei interessierte Gersters Gäste vor allem die jüngst bekannt gewordenen Aufhebung des Verbotes so genannter Leerverkäufe und der viel diskutierten Ankauf von Steuerdaten-CDs aus der Schweiz.



Nach der ausführlichen Fragerunde gab es auch für den Abgeordneten eine kleine Überraschung: Die begeisterten Besucherinnen und Besucher überreichen dem 38-jährigen einen Bildband zur Einweihung der aufwändig restaurierten Bergkapelle. Und zu guter Letzt blieb sogar noch Zeit für ein gemeinsames Gruppenbild vor dem Plenarsaal des Deutschen Reichstages.

01.03.2010

Wolfgang Heinzel,
Bürgerbüro Martin Gerster MdB

Jahreshauptversammlung des SPD-Kreisverbands

Bemühungen sollen sich in Wählerstimmen auszahlen

DÜRMENTINGEN (zel) – Bei der Jahreshauptversammlung des Biberacher SPD-Kreisverbands in der „Burg zu Dürmentingen“ hat es lebhafte Diskussionen gegeben. Unter Vorsitz des Bundestagsabgeordneten Martin Gerster wurde unter anderem über die verlorene Bundestagswahl, den Fehlstart der schwarz-gelben Regierung und die Zukunft der Kreiskrankenhäusern gesprochen.

Kreisvorsitzender Martin Gerster kam in Dürmentingen noch einmal auf sein Wahlergebnis vom 27. September und die Tatsache zurück, dass bei bundesweit 299 SPD-Kandidaten er einer von nur zweien war, die ihr Erststimmenergebnis verbessern konnten. Dies sei Folge der großen Unterstützung von der

Basis gewesen, für die er sich bedankte, zugleich aber ankündigte, dass er nun mehr in Berlin gefordert sei und sich im Landkreis nicht mehr so häufig sehen lassen könne: „Der Aderlass von einem Drittel bedeutet für die verbliebenen 146 SPD-Abgeordneten größere Verantwortung“, so Gerster. Hinzu komme, dass es in Südwürttemberg von einst vieren nur noch zwei SPD-Abgeordnete gebe, wodurch er neben seinem Wahlkreis Biberach noch die Landkreise Ravensburg, Bodensee und Sigmaringen zu betreuen habe.

„Die SPD-Fraktion ist besser als von vielen gedacht in die neue Legislaturperiode gestartet“, empfand Gerster. Die beste Opposition sitze aber in der Regierung, und es gebe einen Fehlstart der schwarz-gelben Koalition, wie zum Beispiel mit der klientelpolitisch bedingten Mehrwertsteuersenkung für Übernachtungen, nicht aber fürs Essen im Hotel. „Zur Erklärung der verschiedenen Mehrwertsteuersätze hat das Bundesfinanzministerium jetzt einen 80 Seiten dicken Leitfaden herausgegeben.“ Die Ursachen vor Ort fehlender Gelder müssten nun von der SPD gegenüber den Bürgern klar benannt werden: „Das so genannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz kostet allein unser Land und dessen Kommunen 275 Millionen Euro.“ Unverständlich sei daher die große Diskussion über den Kauf der CD mit Steuerhinterzieherdaten aus Baden-Württemberg: „Mit dem eingezogenen Geld wäre zum Beispiel die komplette Südbahn finanzierbar“, stellte Gerster klar und forderte: „Selbstanzeigen dürfen nicht straffrei bleiben und Hinterziehungen ab 500.000 Euro müssen als Straftat statt wie bisher als Vergehen behandelt werden.“



Der SPD-Kreisvorstand mit Gerster an der Spitze wurde von den rund 30 Anwesenden einstimmig entlastet. Zuvor hatten sie über die Ursachen der Wahlniederlage vom September diskutiert („fehlende Glaubwürdigkeit wegen Mehrwertsteuererhöhung und Rente mit 67, zu häufige Wechsel an der Parteispitze“) und sich Gedanken gemacht, wie die eigene Arbeit sich besser in Wählerstimmen niederschlagen könne („Die Ziele von Kolpingsfamilie und SPD sind identisch“). Dazu nannte Franz Lemli in seinem Bericht aus der Kreistagsfraktion als Beispiel, dass die

SPD-Fraktion im Kreistag die meisten und besten Anträge gestellt habe. Diese Information komme zwar bei den Wählern nicht an, habe jedoch bei Landrat, Verwaltung und den übrigen Fraktionen für Achtung gesorgt: „Nun ist mit meiner Person im Jugendhilfeausschuss erstmals ein Nicht-CDU-Mann zum Landratsstellvertreter gewählt worden“, freute sich Lemli.

Viel diskutierten die anwesenden SPD-Mitglieder auch über die Kreiskrankenhäuser. „Ich persönlich favorisiere momentan in Biberach einen Neubau“, sagte Lemli und begründete das mit dem veralteten Stand und den langen Wegen im 25 Jahre alten Gebäude an der Ziegelhausstraße: „Wer im Krankenhaus schafft, braucht keinen Sport zu machen.“ Über 100 Millionen Euro seien in den vergangenen Jahren in die drei Kreiskrankenhäuser Riedlingen, Laupheim und Ochsenhausen investiert worden, jetzt sei Biberach dran. „Der Erhalt aller vier Kliniken steht in unserem Kreistagswahlprogramm“, erinnerte Kreisvorstandsmitglied Roland Luschkowski. „Die Frage ist nur, in welcher Form man sie künftig nutzt.“ Die Kreis-SPD will nun Termine suchen für Bürgerversammlungen an den Kreisklinikstandorten, um Lösungsideen zu sammeln. Konkret terminiert sind dagegen schon der Besuch des Landesvorsitzenden Nils Schmid am 8. März um 18 Uhr in Kürnbach, eine Öchslefahrt mit Klosterführung am 8. Mai und ein Bürgerempfang der Landtagsfraktion am 24. Juni in der Biberacher Stadthalle.

02.03.2010 Wolfgang Heinzl,
Bürgerbüro Martin Gerster MdB

Neues DB-Papier stellt Südbahnausbau in Frage

MdB Gerster:

Bund schiebt Südbahn auf die lange Bank

BERLIN (age) - Der Ausbau und die Elektrifizierung der Südbahn wird vom Bundesverkehrsministerium und der Bahn auf die lange Bank geschoben. Das legt ein Schreiben von Verkehrsminister Ramsauer an Gerster nahe sowie eine aktuelle Übersicht von Bahn-Chef Rüdiger Grube, die dem Biberacher SPD-Bundestagsabgeordneten Martin Gerster vorliegt.

„Auf Grund einer Finanzierungslücke von jährlich etwa 500 Mio. Euro beim Bund für Schieneninfrastruktur ist vor 2020 mit einem Ausbau der Strecke von Ulm über Biberach und Ravensburg zum Bodensee nicht zu rechnen“, so Gerster.

Es zeige sich: Anstatt törichte Steuersenkungen zugunsten von Hoteliers in Milliardenhöhe zu beschließen, hätte die schwarz-gelbe Bundesregierung besser

in die Verkehrsinfrastruktur investiert und bspw. die erforderlichen 140 Mio. Euro für die Südbahn in die Finanzplanung miteinbezogen.

Als einziger Abgeordneter aus der Region hat der Biberacher SPD-Politiker diese Woche an der ersten Sitzung der „Parlamentsgruppe Schienenverkehr“ des Deutschen Bundestages in dieser Wahlperiode mit Bahn-Chef Rüdiger Grube teilgenommen. Dabei bestätigte laut Gerster der Bahnchef, dass die neue Bundesregierung 500 Mio. Euro pro Jahr zu wenig in den Verkehrshaushalt einstelle, um die bereits getätigten Zusagen für die Realisierung wichtiger Ausbauprojekte einzuhalten.

„Für 46 bedeutsame Projekte liegt keine Finanzierungsvereinbarung vor – darunter auch die Südbahn, so dass frühestens 2020 mit einem Baubeginn zu rechnen ist. Das ist ein herber Schlag für die weitere Entwicklung unserer Region.“

Enttäuscht ist der SPD-Bundestagsabgeordnete auch über die Antwort von Bundesverkehrsminister Ramsauer auf sein Schreiben zur Südbahn vom Januar. „Vom ursprünglichen Ziel, mit dem Ausbau 2012 zu beginnen, ist plötzlich keine Rede mehr. Mit Datum vom 25.2.2010 gibt es jetzt lediglich Kanzleitrost und den Hinweis auf Entscheidungen des Haushaltsausschusses.“

Gerster appelliert an andere Mandatsträger aus der Region, an Kommunen und Kreise sowie die IHK, endlich mehr Druck auf die schwarz-gelbe Bundesregierung auszuüben, „sonst warten wir bis zum St.-Nimmerleinstag“.

Berlin, den 5. März 2010 Alexander Geisler,
wiss. Mitarbeiter Abgeordnetenbüro Berlin

Landesvorsitzender bei MdB Martin Gerster

Nils Schmid punktet bei der SPD

KÜRNBACH (zel) – „Aufbruch 2010 – Politik für das neue Jahrzehnt“ legte Dr. Nils Schmid, MdL und seit einigen Monaten Landesvorsitzender der baden-württembergischen SPD, auf Einladung des Biberacher Bundestagsabgeordneten Martin Gerster in der Museumsgaststätte im Bad Schussenrieder Teilort Kürnbach dar. Die rund 50 Anwesenden aus den Kreisen Biberach, Ravensburg und Sigmaringen dankten es ihm mit häufigem Zwischen- und noch stärkerem Schlussapplaus. Wenn er auch noch „weitere Erfahrungen sammeln“ müsse, wie ein Teilnehmer nach dem Treffen sagte, scheint der 36-jährige Schmid doch den Nerv der Sozialdemokraten zu treffen und diese für die Zukunft zu motivieren.

Die SPD stehe für Sozialstaat, Bildung und Infrastruktur, erklärte Schmid, aber erst einmal zu finan-

zierende Anforderungen habe auch die FDP, die den Staat als eine Art Moloch mit Lizenz zum Geldabknöpfen sehe. „Wir alle sind der Staat, und zumeist werden die Steuereinnahmen grundsollide eingesetzt und darüber demokratisch entschieden“, setzte der SPD-Landesvorsitzende dem Zerrbild entgegen und erteilte weiteren Steuersenkungen eine Absage. „Das geht vor allem zu Lasten der Städte und Gemeinden, die sich's von den Bürgern über höhere Gebühren für Kindergärten, Büchereien oder Volkshochschulen wieder holen.“



Deshalb habe der Staat auch die Pflicht, sich Daten von Steuerhinterziehern zu besorgen, das sei ein Akt der Notwehr. „Die wahren Datenhehler sind die Schweizer Banken, die mit diesem Wissen von Steuerbetrügnern Geschäfte machen.“ Das gab Beifall, ebenso Schmidts Aussage, dass Arbeitslosengeldbezieher kein Schuldetikett bekommen dürften, sondern Hilfe, aus der Situation wieder herauszukommen. Er forderte außerdem über die Vergabe von billigen Landesbankkrediten eine aktive Wirtschaftspolitik für den Mittelstand, um den Hochtechnologiestandort Baden-Württemberg angesichts von Auftragsrückgängen von teils zwei Dritteln zu halten. „Ist so eine Firma einmal weg vom Weltmarkt, kommt sie nicht wieder.“ Asiatische Konkurrenten würden dagegen vom Staat gestützt und könnten nach der Krise wieder Aufträge erledigen.

Zwei Bereiche seien für Baden-Württembergs technologische Zukunft lebenswichtig: Entwicklung und Produktion neuer Antriebe fürs Auto und von Anlagen für erneuerbare Energien. „Wer längere Laufzeiten von Atomkraftwerken fordert, hat nichts begriffen von der Energiewirtschaft der Zukunft und deren Arbeitsplatzchancen.“ Das Land brauche eine Regierung, die sich nicht auf der Vergangenheit ausruhe, denn das Wohlstandsfundament zeige erste Risse, stellte der 36-Jährige fest. „Wir müssen die schwarz-

gelbe Mehrheit knacken, dann geht ohne die SPD nichts mehr.“ Eine erste Vorentscheidung über die Spitzenkandidatur bei der Landtagswahl 2011 wird möglicherweise schon Ende nächster Woche beim Spitzentreffen der baden-württembergischen SPD fallen.

Biberach, den 9. März 2010 **Wolfgang Heinzel,**
Büroleiter Bürgerbüro Biberach

Martin Gerster bei den Paralympics in Vancouver

12. März 2010 – VANCOUVER, KANADA (age) – Der Biberacher Bundestagsabgeordnete Martin Gerster ist als sportpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion zu den Paralympics nach Vancouver gereist. Er wird dort am Wochenende an der Eröffnungsfeier teilnehmen und bis Dienstag einzelne Wettbewerbe besuchen. Mit besonderem Interesse verfolgt Gerster dabei die Biathlon- und Langlaufwettbewerbe, bei denen auch Athleten aus Oberschwaben und dem Allgäu am Start sein werden. Sowohl Verena Bentele aus Tettngang als auch Frank Höfle aus Isny werden als Favoriten auf eine Medaille gehandelt. „Gerne wäre ich dabei, wenn Höfle und Bentele ihre Medaillenträume verwirklichen“, so Gerster. Neben dem 38-jährigen Sozialdemokraten sind auch der parlamentarische Staatssekretär Dr. Christoph Bergner (CDU) und die frühere Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) Teil der Bundestagsdelegation, die für dieses Sportereignis nach Kanada gereist ist.

Alexander Geisler M.A.(wissenschaftlicher Mitarbeiter)

BayernSPD SPD Kreisverband Lindau

GEMEINSAM ZUR SCHULE

Einige Lindauer erinnern sich noch an dieses Plakat aus dem Jahr 1966, das Lindauer Grundschüler von Alfons Handerer als Linoleumschnitt angefertigt hatten. Damals gab es in ganz Bayern nur katholische Bekenntnisschulen, vereinzelt auch evangelische und für den Rest Gemeinschaftsschulen. Lindau leistete sich in fast allen Stadtteilen je zwei Volksschulen: eine katholische Bekenntnisschule und eine Gemeinschaftsschule, was dazu führte, dass es nur in den großen Ortsteilen ausgebauten Schulen gab, in denen jeder Schülerjahrgang eine Klasse bildete.

In den übrigen Lindauer Volksschulen wurden je zwei Schülerjahrgänge in einer Klasse unterrichtet. Heute, in Zeiten großen Schülerrückgangs wird uns

dieses Modell wieder als pädagogisch besonders wertvoll angepriesen.

Damals begehrte das Bayernvolk gegen die Konfessionalisierung des Bayerischen Volksschulwesens auf und hatte Erfolg. Lindau war bei dem Volksbegehren Christliche Gemeinschaftsschule mit ca. 22 Prozent mit an der Spitze.



Heute zeigt sich, dass unsere sieben Grundschulen in Gefahr sind, auf nur zwei zusammen zu schrumpfen, wenn nicht die Klassen viel kleiner werden, was tatsächlich pädagogisch nicht nur wertvoll, sondern notwendig wäre. Hier ist erneut ein Aufbegehren des Volks, von Eltern und Lehrern und allen Betroffenen angezeigt.

„Gemeinsam zur Schule“ hat aber heute nach 44 Jahren noch eine andere Bedeutung: Unser dreigliedriges Schulsystem, besonders die Auslese unter der Zehnjährigen, wer kommt aufs Gymnasium, wer auf die Realschule und wer bleibt in der Hauptschule hängen, hat sich als nicht zukunftsfähig erwiesen. Zu viele SchülerInnen des Gymnasiums gehen auf die Realschule ab. RealschülerInnen suchen zu einem großen Teil mit der Mittleren Reife einen Ausbildungsplatz. Für die HauptschülerInnen ist es heute mehr als doppelt schwer, auch einen Ausbildungsplatz zu finden. Zu viele stehen ohne Zukunft da. Daran haben die verschiedenen Reformversuche zur Rettung der Hauptschule nichts Grundlegendes geändert.

Reformversuche, die diese strikte Dreigliedrigkeit, wie sie in Bayern besteht, nicht auflösen, werden immer zum Scheitern verurteilt sein. Das müsste auch unserem Kultusminister klar sein: Wer sein Hemd von unten zuknöpf und dabei gleich das falsche Knopfloch erwischt, wird oben am Kragen zwangsläufig auf dem falschen ankommen. Aber so kann sich keiner zeigen. Mir ist niemand bekannt, der diesen Fehler je beheben konnte, indem er nachträglich oben eine Korrektur zusammen bekam. Da muss man schon das ganze Hemd aufknöpfen und neu und richtig beginnen.

„Gemeinsam zur Schule“ heißt heute länger zusammen lernen, SchülerInnen länger und besser fördern und ein differenziertes Angebot machen, das auf den Einzelnen eingeht. Dabei muss länger offen bleiben, welcher Schulabschluss am Ende steht. So entstünde in Bayern ein völlig anderes Schulsystem das für den Einzelnen unabhängig vom Geldbeutel der Eltern mehr Chancen bietet. Und das müsste gar nicht neu erfunden werden. Es gibt überall in der Welt, besonders in den skandinavischen Ländern nachahmenswerte Beispiele. Das wäre für unsere Jugend, die ja unsere Zukunft ist, ein lohnendes Unterfangen! Ein Aufbegehren gegen das selektive, dreigliedrige Schulsystem ist nicht nur in Lindau notwendig. Betroffene sind wir alle.

03.03.2010

Hermann Dorf Müller

Schwarz-Gelb streicht Mehrwertsteuerprivileg für Vereine und Verbände

Zur Streichung des Mehrwertsteuerprivilegs für Vereine und Verbände durch das „Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben sowie zu Änderung steuerlicher Vorschriften“ erklärt Hilde Mattheis, MdB:

Schwarz-Gelb will, dass Wohlfahrtsverbände, Vereine, Gewerkschaften und Kirchen bald mehr Geld für Ihre Postversickungen ausgeben müssen. Bisher waren sie bei Massenversickungen von der Mehrwertsteuer befreit. Im Rahmen eines „Gesetzes zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben und Änderungen steuerlicher Vorschriften“, das der Bundestag heute verabschiedet hat, wird ihnen dieses Privileg nun genommen. Ein Änderungsantrag der SPD, Vereine und Verbände von der Streichung des Steuerprivilegs auszunehmen, wurde abgelehnt.

„Für die Hoteliers den Mehrwertsteuersatz senken und gleichzeitig Vereine und Verbände stärker zu belasten, das ist die schwarz-gelbe Ungerechtigkeit,“ erklärt Hilde Mattheis. „Ehrenamtliche Gruppen und Wohlfahrtsverbände müssen in ihrem Engagement unterstützt werden.“

Der Postweg wird trotz Internet noch von vielen Kirchengemeinden, Vereinen und Verbänden genutzt, Mitgliederbriefe oder Newsletters zu verschicken. Durch die Streichung des Mehrwertsteuerprivilegs entstehen ihnen enorme Kosten, die an anderer Stelle fehlen. Allein die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft rechnet mit Mehrausgaben von 500.000 Euro jährlich.

05.03.2010

Büro Hilde Mattheis, MdB

Hilde Mattheis:

„Das Bildungszentrum der IHK Schwaben in Neu-Ulm - Ein Vorbild für gezielte Förde- rung von Arbeitslosen und für Weiterqualifizierung!“

Die SPD-Bundestagsabgeordnete Hilde Mattheis besuchte am Mittwoch den 10. März das Bildungszentrum der IHK in Neu-Ulm. Dort informierte sie sich über die Möglichkeiten älterer ArbeitnehmerInnen sich weiter zu qualifizieren. Mattheis zeigte sich erfreut über die hohe Vermittlungsquote der Einrichtung. „Ich finde es erfreulich, dass über 90% der AbsolventInnen nach ihrem Abschluss einen Arbeitsplatz finden. Nur Maßnahmen, die auf die Bedürfnisse der Menschen und der Wirtschaft zugeschnitten sind, können beiden Seiten von Nutzen sein.“, so Mattheis.



„Unternehmen, die Förderung von Seiten des Staates wie z.B. Kurzarbeitergeld erhalten, sehe ich in der Pflicht auch an die Weiterbildung ihrer Mitarbeiter zu denken.“, so die Ulmer SPD-Bundestagsabgeordnete weiter. Insbesondere informierte sie sich über die Qualifizierungsangebote der Maschinenbaufirma Liebherr aus ihrem Wahlkreis, die mehrere Berufsgruppen im Bildungszentrum schulen lassen.

Nach einem Rundgang durch die Werkstätten und den Bildungsräumen fasste Mattheis zusammen: „Es ist eine enorme Leistung einen so guten Mix aus Grundlagenbildung und praxisnaher Förderung zu gestalten. Lebenslanges Lernen ist Konzept der Zukunft.“

10.03.2010

Büro Hilde Mattheis, MdB

Beschluss des Parteipräsidiums zu Hartz IV Reformen ist gute Grundlage für mehr Gerechtig- keit auf dem Arbeitsmarkt.

Hilde Mattheis begrüßt den Beschluss des Parteipräsidiums „Fairness auf dem Arbeitsmarkt“ und sieht darin eine gute Grundlage für die nun folgende Diskussion in der Partei.

„Mit diesem Papier werden Forderungen aufgegriffen, die eine klare Abkehr einer bisher vertretenen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik bedeuten. Das ist gut,“ so Mattheis.

Die im Papier auch ausgesprochene Einladung zur Diskussion dieser Punkte und zur Ausgestaltung durch weitere Punkte muss jetzt von der Partei aufgegriffen und genutzt werden.

Ergänzungsbedarf sieht Mattheis z.B. in dem Bereich der Zumutbarkeitsregelung von Arbeit, der 1-Euro-Job-Regelung und der Begrenzung von 400 Euro-Jobs auf 15 Wochenstunden und der generellen Forderung, dass jede Beschäftigung neben der existenzsichernde Beschäftigung auch sozialversicherte Beschäftigung sein muss.

Mit den vorgeschlagenen Reformen von Hartz IV ist im Sinne des Leitantrags des Bundesparteitages in Dresden ein zentraler erster Schritt der Aufarbeitung der elf Regierungsjahre gemacht.

16.03.2010

Büro Hilde Mattheis, MdB

Ein Morgen am Checkpoint Gilo

Das Scheinwerferlicht der Anlage blendet mich wenn ich durch mein Kameraobjektiv schaue.

Das komplette Areal ist taghell erleuchtet. Ich bin erschöpft von dem langen Fußmarsch und erdrückt von all den Stimmungen, die ich erleben durfte. Es ist die Nacht des 24.12 auf den 25.12 des Jahres 2009 auf dem Heimweg von Bethlehem in Richtung Jerusalem. Schon das Überqueren des Checkpoints Stunden zuvor war ein Erlebnis der besonderen Art gewesen.

Man konnte von Jerusalem aus kommend schon recht früh erahnen was einen erwarten würde. Eine Mauer, die sich wie eine Lichterkette um einen Weihnachtsbaum, um Bethlehem zieht.

Auf dem Hinweg schien es mir schon zu einfach den Checkpoint zu passieren, der Bundesadler auf meinem Reisepass genügte den Soldaten an der Sperranlage um mich durchzuschleusen.

Auf der anderen Seite der Mauer empfing mich ein weiter Schatten und dann wieder grelles Scheinwerferlicht. Dort warteten Häuser, deren Fenster und Türen zugemauert sind, Graffitis, die der Mauer auf dieser Seite eine Identität, eine Geschichte geben.

Nun stehe ich da, geblendet vom Scheinwerferlicht. Die Kamera führe ich langsam wieder von meinem Auge herab und verweile im Moment.

Um mich herum wird es immer lauter und es werden immer mehr Menschen, die an mir vorbei in Richtung Checkpoint gehen. Es bildet sich eine lange Schlange entlang der Mauer vor der ersten Sicherheitsschleuse am Checkpoint. Die Anstehenden haben nicht viel bei sich. Ihre Stiefel haben sie ausgezogen und halten diese genauso wie ihre Jacken und ein paar Papiere in den Händen.

Es wirkt alles sehr hektisch und nervös. Das Gedränge wird immer stärker und es sieht danach aus als würde es nicht voran gehen.

Als Tourist, also als Nicht - Palästinenser, gehe ich an der eingezäunten Schlange vorbei. Man hatte einen Touristenweg angelegt, der parallel zur eingezäunten Schlange seinen Weg zum Eingang der ersten Sicherheitsschleuse macht.

Es hat den Anschein, dass sich ausschließlich Männer mittleren Alters anstellen würden; denn Frauen sind nicht zu erblicken. Männer, die, wie es aussieht, in Israel als Tagelöhner arbeiten. Die Kleidung verrät mir Einiges. Erst später fällt mir auf, welch eigenartiges Bild das wohl gewesen sein muss. Sie, die Männer, wartend und nervös, ich hingegen beobachtend an ihnen vorbei schlendernd. Es sind misstrauisch prüfende Blicke zu verzeichnen, jedoch ist die Schlange an sich sehr mit sich selbst beschäftigt.

Beim Erreichen der Kontrolle am Eingang der ersten Sicherheitsschleuse, der Anfang der Schlange, bin ich gespannt, was mich erwarten wird. Es gibt zwei Soldaten, die die Prozedur der Kontrolle durchführen. Einer der Soldaten steht neben dem Metalldetektor und gibt Anweisung, wie sich die zu Kontrollierenden verhalten sollen. Der Andere sitzt kaum sichtbar in einem Raum neben den Metalldetektoren. Dieser öffnet und blockiert die Drehtür, um den drängelnden Menschenfluss zu regulieren. Ich gehe, meinen deutschen Reisepass zeigend, an den Soldaten vorbei. Ich werde unerwartet nicht aufgehalten. Keine unangenehmen Fragen, wie man es sonst gewohnt ist durch die kontrollierenden, israelischen Soldaten. Kein woher und wohin. Sie winken mich einfach durch. Ich warte auf der anderen Seite der Schleuse um zu beobachten, wie es den Anderen beim Passieren der ersten Sicherheitskontrolle ergeht.

Es kommen circa zehn Palästinenser durch die Drehtür; Stiefel, Jacke und Papiere in den Händen haltend. Der anweisende Soldat legt einen scharfen Ton ein und fordert die Palästinenser auf, Einer nach dem Anderen den Metalldetektor zu passieren. Er kontrolliert die Papiere, die sie bei sich tragen. Nachdem alle zehn durch sind und alles in Ordnung zu sein scheint, dreht sich der Soldat um und fängt lauthals an zu schreien. Alle zehn drehen sich um und gehen wieder auf die Seite von der sie gekommen waren. Der zweite Durchgang geht um einiges ruppiger von Statten. Manche werden mehrmals durch den Detektor geschickt obwohl nichts piept, die Papiere werden

mehrmals überprüft in Begleitung von konstantem Geschreie.

Mir ist schnell klar, dass es sich in der unschuldigen Morgenröte um Schikane handelt.

Letztendlich werden sie auf die andere Seite der Schleuse gejagt und rennen an mir vorbei um nicht noch mehr Zeit zu verlieren.

Ich kann das Geschehene nur langsam fassen und beim Einreihen in einer der Schlangen zur letzten Passkontrolle, strecke ich ihnen meinen Pass vor den Kopf und vor lauter Schreck über mein plakatives Hervorzeigen des Reisepasses werde ich darauf hingewiesen, dass ich damit die Schlange aufhalte. Ich packe meinen Pass in meine Umhängetasche und gehe an einer der vielen Werbetafeln vorbei welche mit warmen Farben, Urlaubsbildern von glücklichen Familien bedruckt sind. **Welcome to Israel.**

Özgür Ögütçü

Anmerkung der Redaktion:

Özgür Ögütçü (Mitglied im Ortsverein Meersburg) leistet nach dem Abitur 2009 sein freiwilliges soziales Jahr in Israel. Zur Halbzeit hat er jetzt einen Beitrag zu seinen Eindrücken in Israel zugesandt.

Weitere Termine:

10.05.2010

Mitgliederversammlung:

Nominierung Landtagskandidat/in und Ersatzkandidat/in für die Landtagswahlen 2011

**19.00 Uhr bis 21.30 Uhr
im DGH Überlingen-Nußdorf
parteiöffentlich**

17.05.2010

Nominierungsversammlung zum Landtagskandidaten im Wahlkreis Ravensburg (Meckenbeuren und Tettnang gehören dazu)

parteiöffentlich

07.06.2010

Kreisvorstandssitzung

19.30 Uhr bis 22.00 Uhr

parteiöffentlich

Agrarindustrielle Monokultur?



Landwirtschaftliche Vielfalt?



oder

Was geht uns die europäische Landwirtschaftspolitik an?

**2010 werden die Weichen für die künftige EU-
Agrarreform gestellt.**

- Soll die bisherige EU-Landwirtschaftspolitik die Agrarindustrie weiter fördern und damit bäuerliche Strukturen vernichten?
- Benötigen wir eine klimaschonende, naturverträgliche und nachhaltige EU-Landwirtschaftspolitik?

Stadthalle in Markdorf Freitag, 26. März 2010 - 20.00 Uhr

Einführungsvortrag: Lutz Ribbe, EuroNatur; „Neue EU-Landwirtschaftspolitik“

Podium:

Josef Rief (CDU) - Mitglied des Bundestages (MdB) und des Landwirtschaftsausschusses

Dr. Bernd Murschel, MdL (Die Grünen) Agrarpolitischer Sprecher der Grünen, Mitglied des Umwelt- u. Landwirtschaftsausschusses

EU-Abgeordnete angefragt

Peter Graf - Vorstand Badischer Landwirtschaftlicher Hauptverband

Karl-Eugen Kühnle - Landesvorsitzender BW Bundesverband Deutscher Milchviehalter

Anneliese Schmech - Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft

Diskussion

Moderation: Michael Merklinger – SÜDKURIER Konstanz

V. i. S. d. P. Armin Hansmann



Sozialdemokratische Partei
Kanton Thurgau



Auf zur Kantonalen Maifeier 2010 in Romanshorn!

Bodansaal beim Bahnhof

10.30 h

Eintreffen

11.00 h

Auftakt: **Barbara Kern**, Kantonsrätin, Kreuzlingen
Gedanken: **Gabriele Zimmermann**, Pfarreileiterin Kath. Romanshorn
Ansprache: **Norbert Zeller**, Landtagsabgeordneter, Friedrichshafen
Aufruf: **Dario Perera**, Präsident Jusos Thurgau

Zwischentöne: Popjazzband "**foursome**" mit Karin Lehmann, Florian Bienst,
Willi Frauenfelder und Julian Dillier
Essen und Gespräche.

Organisiert durch den Gewerkschaftsbund Arbon/Romanshorn und die SP Romanshorn

Mit der Bahn zur Maifeier:
Amriswil ab 10.11 h / Romanshorn an 10.18 h
Arbon ab 10.17 / 10.27 h
Frauenfeld ab 9.47 h / 10.18 h
Kreuzlingen ab 10.00 h / 10.25 h
Diessenhofen ab 9.13 h / 10.25 h
Weinfelden ab 10.00 h / 10.18 h

Impressum

Herausgeber:

Matthias Mayr, Medienreferent SPD Bodenseekreis
Weinbirnenstraße 5
88048 Friedrichshafen

Deutsche Gruppe SBI und Sozialistische Bodensee-Internationale, SBI – D - (Präsident MdL Norbert Zeller)

Redakteure, verantwortlich im Sinne des Presserechts:

Karl-Heinz König, Rebhalde 3, D 88709 Meersburg Tel.: 07532/313048
e-mail: roterseechas@kabelbw.de

und

Willi Bernhard, Rosenstr. 36, D 88074 Meckenbeuren Tel.: 07542/20349
e-mail: willibernhard@gmx.de

Weitere Autoren in dieser Ausgabe:

Andrea Nahles: pressestelle@spd.de
Büro Berlin, Hilde Mattheis, MdB: hilde.mattheis.ma01@bundestag.de
Peter Friedrich, MdB: peter.friedrich@bundestag.de
SPD Presseservice: pressestelle@spd.de
Europa Aktuell: EGebhardt.MdEP@t-online.de
Büro Peter Simon, MdEP: peter.simon@europarl.europa.eu
Norbert Zeller, MdL: norbert.zeller@spd.landtag-bw.de
Dietram Hoffmann: dietram.claudia@t-online.de
Jochen Jehle, Kreisvorsitzender: Jochen.Jehle@spd-online.de
Hermann Dorfmueller: hermann.dorfmueller@web.de
Dario Sulzer | SP St.Gallen: sulzer@sp-sg.ch
Peter Gubser, Präsident
SP Thurgau: petergubser.arbon@bluewin.ch
Eveline Kunz, SP Thurgau: mail@spthurgau.ch
SBI: www.bodensee-internationale.org
SPÖ-Express: hubert.loetsch@spoe.at www.spoe.at
Wolfgang Heinzl,
Büroleiter Bürgerbüro Biberach: Wolf99maci@aol.com
Alexander Geisler: martin.gerster.ma02@bundestag.de
Özgür Ögütçü: oeguetcue@hotmail.de
Armin Hansmann: Inge.h@gmx.net

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel geben die Meinung der Verfasserin oder des Verfassers wieder.
Die Beiträge stimmen nicht unbedingt mit der Redaktion überein.

E-Mail-Abonnement (ab)bestellen

(Karl-Heinz König)

roterseechas@kabelbw.de